

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Pilotprojekte für integratives, soziales und nachhaltiges Bauen**

In Bremen wird mehr zukunftsfähiger Wohnraum benötigt. Mit der Wohnungsbaukonzeption, dem Wohnraumförderungsprogramm, der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans und dem Bündnis für Wohnen haben Bürgerschaft und Senat die Voraussetzungen für eine zügige und zeitgemäße Entwicklung des Wohnungsbestandes in Bremen geschaffen. Diese Programme sollen auch für die nächsten Jahre fortgesetzt werden. Die Schaffung von Wohnraum soll insbesondere Bremerinnen und Bremern mit geringem oder keinem Einkommen und ebenso dem Bedarf von Neubürgerinnen und Neubürgern Bremens dienen. Neben der allgemeinen demografischen Entwicklung sind die Unterbringung von Flüchtlingen und der Wohnraumbedarf von Studierenden besondere Herausforderungen der Wohnraumpolitik.

Eine neue Wohnungsbauprognose für Bremen soll die Ziele des Wohnungsbaus und der Stadtentwicklung schärfen. Gutes Wohnen resultiert aus funktionierenden, sozial möglichst gemischten Nachbarschaften und Quartiersentwicklungen sowie zukunftsfähigen Gebäude- und Wohnungsgrundrissen, die generationenübergreifend ein inklusives, integratives, barrierefreies Zusammenleben ermöglichen. Bauträger, Sozialträger, private Initiativen und Selbstnutzerinnen/Selbstnutzer entwickeln dafür geeignete Modelle und Vorhaben, die Wohn- und Unterbringungsformen durch soziale Komponenten ergänzen, wie etwa Wohnen für Hilfe oder Wohnen und Arbeiten, oder die Ansiedlungs- und Gründungsförderung mit der Wohnraumpolitik sinnvoll verknüpfen.

Um den heutigen und zukünftigen Wohnbedürfnissen und einer sozialen Stadtentwicklung gerecht zu werden, sind insbesondere auch Mobilitäts-, Nachhaltigkeits- und Energiekonzepte wichtige Anforderungen an die Neubaupolitik und den Umgang mit dem baulichen Bestand. Bremen hat dazu in den vergangenen Jahren vielfältige rechtliche, städtebauliche und verfahrensmäßige Instrumente geschaffen.

Jetzt können und müssen dazu praktische Erfahrungen gesammelt und ausgetauscht und in Pilotprojekten insbesondere hinsichtlich nachhaltiger Baumaterialien und -techniken und hinsichtlich flexibler, wandelbarer Grundrisse und Nutzungsmöglichkeiten Vorbilder geschaffen und kommuniziert werden. Auch im Hinblick auf die Ausgestaltung der Bundesprogramme der Städtebauförderung „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ sowie zur energetischen Städtebauförderung sind dies wichtige Handlungsfelder.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat und den Magistrat der Stadt Bremerhaven, bei der Umsetzung und der Fortsetzung der Wohnungsbauoffensive in Bremen und Bremerhaven geeignete Pilotprojekte für nachhaltiges Bauen und Umbauen zu identifizieren und zu kommunizieren.

Die Projekte sollen beispielhaft deutlich machen,

1. wie durch Bauen in Serien und in Modulbauweise die Bauzeit und Baukosten gesenkt werden können,

2. welche Materialien, Techniken und Gebäudetypen für nachhaltiges Bauen besonders geeignet sind,
3. welche Grundrisse und Techniken geeignet sind, um Wohnraum zu schaffen, der sich wandelnden Wohnbedürfnissen im Laufe des Lebens anpassen kann.

Dazu sollen „best practices“ motiviert und dargestellt werden, um

1. Kooperationen zwischen Bauträgerinnen und Bauträgern, Nutzerinnen und Nutzern sowie Trägern und Ressorts sichtbar und fruchtbar zu machen,
2. technische und ökologische Innovationen in Architektur und Handwerk zu befördern und breit zu vermitteln,
3. den Passivhausstandard in Richtung Nullenergie- oder Plusenergiehaus zu entwickeln,
4. gesundheitliche Prävention als Faktor der Wohnqualität zu berücksichtigen und zu etablieren.

Darüber soll der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende 2014 Bericht erstattet werden.

Carsten Werner, Dr. Anne Schierenbeck, Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jürgen Pohlmann,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD